



Interview

## „Wir brauchen eine Koalition der Gutwilligen“

Die Pluralität islamischen Lebens in Bayern stellt Staat und Kommunen vor Herausforderungen: Den einen zentralen muslimischen Ansprechpartner, die eine Stimme des Islam, gibt es nicht. Wie kann dennoch eine erfolgreiche Zusammenarbeit gelingen? Ein Gespräch mit Mathias Rohe, dem Leiter der breit angelegten Studie „Islam in Bayern“, die von 2015 bis 2018 im Auftrag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften muslimisches Leben im Freistaat dokumentiert und erforscht hat.

**Michael Kasperowitsch:** Herr Professor Rohe, in Bayern läuft im kommenden Jahr der erfolgreiche Modellversuch „Islamischer Unterricht“ an den bayerischen Schulen aus. Ein konfessionsgebundener islamischer Religionsunterricht ist nicht in Sicht, weil es keine Religionsgemeinschaft als Ansprechpartner gibt. Den schreibt die Verfassung aber vor. Wie soll es weitergehen?

**Mathias Rohe:** Die beruhigende Botschaft zuerst: Ich glaube, alle Welt ist sich einig, dass dieser Unterricht, in welcher Form auch immer, weitergehen soll. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass ihn die Kinder und Eltern sehr gut annehmen. Es liegen in Bayern derzeit wohl zwei Anträge von Organisationen vor, die als Religionsgemeinschaft anerkannt werden wollen, einer von der türkisch-islamischen DİTİB und einer von der Islamischen Religionsgemeinschaft Bayern. Die sind allerdings noch nicht beschieden. Wichtig ist aber, dass nach meiner Kenntnis die unterschiedlichen muslimischen Gemeinschaften mit den Inhalten, die bisher an den Schulen behandelt werden, weitestgehend einverstanden sind, und zwar über die verschiedenen Richtungen hinweg, von liberal bis traditionell.

**Einen Ansprechpartner gibt es damit noch lange nicht.**

Für Modellversuche ist das auch nicht nötig. Allerdings sind einige Organisationen unzufrieden, weil sie nicht stärker an der Planung des Islamischen Unterrichts beteiligt werden. Das sind kleinere Verbände, aber auch große wie DİTİB. Es gibt das Angebot des Kultusministeriums, sich inhaltlich auszutauschen. DİTİB hat das bislang abgelehnt, weil eine offizielle Form der Kooperation fehlt. Meine Hoffnung ist, dass nun allseits Pragmatismus einsetzt. Wir brauchen eine Lösung für die nachwachsenden Generationen.

**Wie kann die aussehen?**

Man könnte versuchen, inhaltliche Aufgaben an eine Institution auszulagern – das könnte auch eine Universität sein –, um eine Art Beirat ins Leben zu rufen, der die Pluralität der muslimischen Szene widerspiegelt und der dann in die konkrete Arbeit einsteigt.

Ein kurdisches muslimisches Ehepaar in einem Flüchtlingswohnheim.

*Soll dann weiterhin der sogenannte „Islamische Unterricht“ erteilt werden oder doch ein „Islamischer Religionsunterricht“?*

Auf längere Sicht muss man aus rechtlichen Gründen vom Übergangsmodell zu einem konfessionellen Religionsunterricht kommen. Es gilt die Regelung in der Verfassung, nach der unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes ein Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt werden muss. Aus meiner Sicht wird das Problem gelegentlich allerdings überdramatisiert. Ich verstehe aber auch muslimische Organisationen, die Gleichbehandlung einfordern. Da haben wir noch ein Stück des Weges vor uns.

*Ein Ansprechpartner auf islamischer Seite fehlt ja nicht nur bei der Frage des Religionsunterrichts. Wie groß ist denn das Problem für Staat und Gesellschaft insgesamt, dass die islamische Szene so zersplittert ist?*

Aus Sicht einer Staatsverwaltung wäre es natürlich wünschenswert, wenn es die eine Stelle gäbe, an die man sich wenden könnte. Das ist aber im Islam nicht darstellbar. Ich erinnere mich an Runde Tische, zu denen alle eingeladen waren. Da kamen sofort Spannungen auf, auch theologischer Natur. Man kann Einheit nicht erzwingen. Der Staat sollte die Pluralität islamischen Lebens und islamischen Glaubens einfach zur Kenntnis zu nehmen und mit mehreren Partnern verhandeln. Beim Religionsunterricht ist eine klar strukturierte, auf Dauer angelegte Kooperation erforderlich. Bei anderen Anliegen kann man auf regionaler oder kommunaler Ebene Ausschau halten, welche Muslime es vor Ort gibt, mit denen man zusammenarbeiten kann. Das müssen nicht immer Religionsorganisationen sein. Es gibt in allen möglichen Berufsfeldern viele muslimische Experten, die man mobilisieren kann. Mein Rat ist, aufgaben- und themenorientiert vorzugehen und zu überlegen, wer mit am Tisch sitzen sollte. Welche Fähigkeiten sind gefordert, wer engagiert sich verlässlich und kompetent?

*Das würde bedeuten, dass die nichtmuslimische Seite, ein Bürgermeister oder eine Behörde, eine Auswahl trifft. Sind da nicht Konflikte und Beschwerden von denen vorprogrammiert, die nicht berücksichtigt wurden?*

Deswegen braucht man gute Sachgründe, um das überzeugend kommunizieren zu können. Ich rate davon ab, sich Lieblingskooperationspartner für alle Lebenslagen auszusuchen. Vielmehr sollte konkret geprüft werden, wer

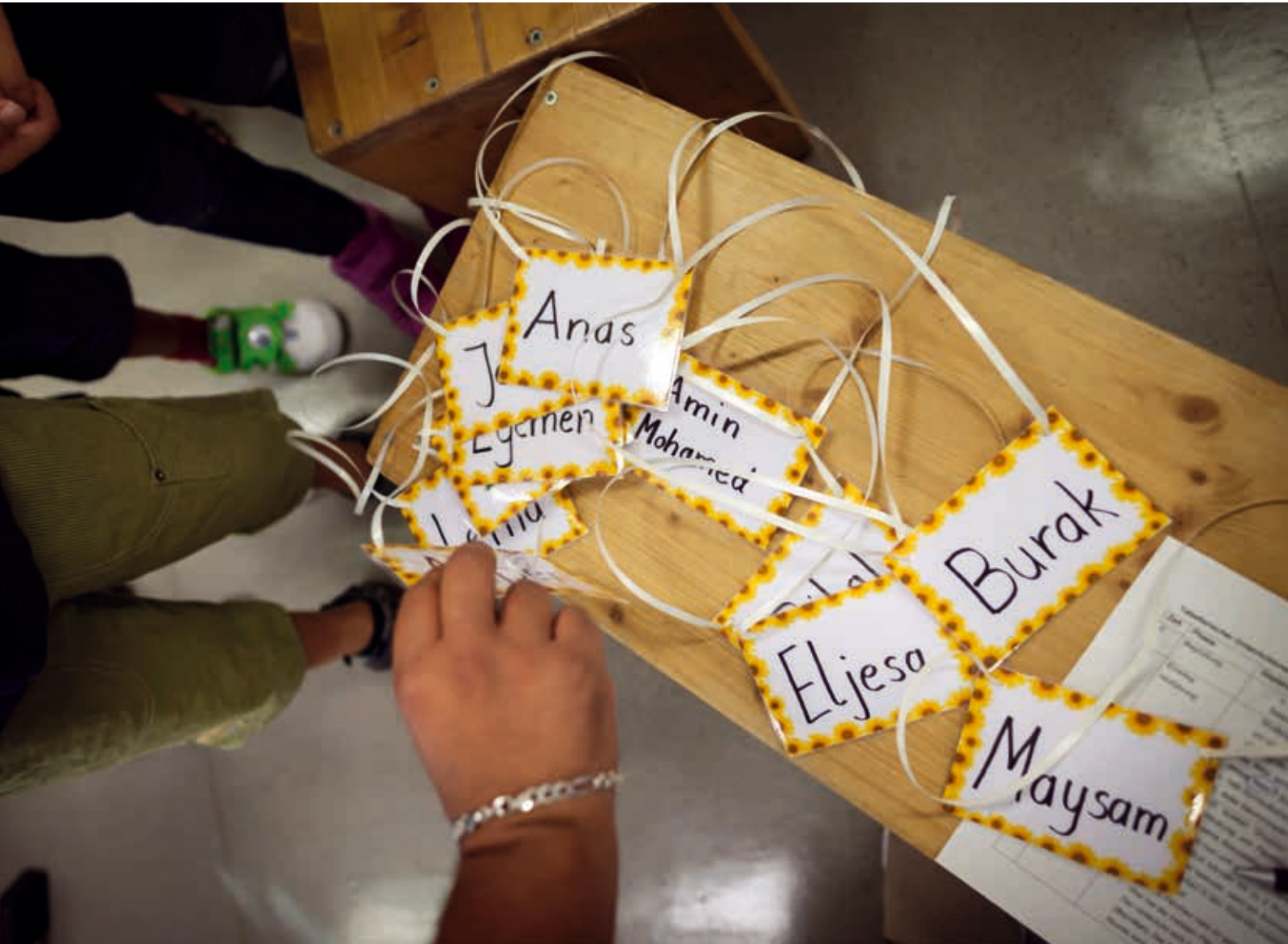
für welches Thema in Betracht kommt, wer bereit ist, sich an Sacharbeit zu beteiligen. Dazu gibt es auf islamischer Seite eine ganz große Bereitschaft. Wir begehen bisweilen den Fehler, Muslime nur noch unter dem Blickwinkel ihrer Religion zu sehen. Ganz viele Alltagsfragen stellen sich aber nicht im Zusammenhang mit der Religion, sondern zum Beispiel mit der Migrationsgeschichte vieler Menschen. Wir täten gut daran zu bedenken, dass auch bei Muslimen Religion nur eine Facette ihrer Identität ist. Imame werden zum Beispiel nicht selten mit Familienkonflikten konfrontiert. Oft fühlen sie sich überfordert, weil sie nicht geschult sind, damit umzugehen. Da wäre es doch gut, wir hätten kommunale Netzwerke, auf die so ein Imam zurückgreifen kann, wenn psychologische Beratung erforderlich ist.

*Wer soll solche Netzwerke anstoßen?*

Das können alle Seiten machen. Wenn Kommunen einen bestimmten Bedarf erkennen, könnten sie gezielt Menschen ansprechen. Umgekehrt rate ich auch der muslimischen Seite: Schaut aktiv, wen man bei den unterschiedlichsten Anliegen mit ins Boot holen kann. Es gibt sehr viel guten Willen, aber es haben sich oft noch nicht die richtigen Leute getroffen. Wir brauchen eine Koalition der Gutwilligen.

*Bei den großen christlichen Kirchen gibt es Bischöfe, Synoden oder andere Gremien mit einer entsprechend starken organisatorischen Struktur und genauen Zuständigkeiten. Wenn zum Beispiel ein Minister Auskunft von muslimischer Seite zu einem grundlegenden Thema braucht, wie soll er bei der Suche nach einem Ansprechpartner vorgehen?*

Auch da empfiehlt es sich, Runde Tische oder Arbeitsgruppen einzurichten. Nehmen wir das konkrete Beispiel der Sargpflicht, die viele Muslime gerne aufgehoben sähen. Da gibt es die einen, die sagen, diese Pflicht sei unproblematisch, und andere, die betonen, dass sie wegen der religiösen Tradition sehr wohl ein Problem darstellt. Wenn man zu erkennen gibt, dass es das gemeinsame Ziel gibt, das Leben für Menschen hier bei uns zu erleichtern und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen, dann wird es meiner Erfahrung nach schnell Fortschritte geben, auch unter Beachtung der bei uns bestehenden Rahmenbedingungen. Oft ist das Kommunikationsklima entscheidend.



*Sie sind da sehr hoffnungsvoll. In der islamischen Szene ist die Kompromissbereitschaft zwischen einzelnen Lehrmeinungen nicht sehr ausgeprägt.*

Es gibt viel Rivalität, die zum Teil auch ethnisch begründet ist, aber es geht voran. Migrationsbedingte Spannungen lassen in jüngerer Vergangenheit spürbar nach, weil sich in den muslimischen Organisationen ein Wandel vollzieht. Viele wurden zunächst als Migrantenorganisationen mit religiöser Ausrichtung gegründet. Nun wandeln sie sich zu deutschen Religionsorganisationen, weil die nachfolgende Generation hier geboren und sozialisiert ist und sich immer weniger für immer fernere Herkunftsländer ihrer Familien interessiert. Bereitschaft und Artikulationsfähigkeit nehmen zu, in die zivile Mehrheitsgesellschaft hinein-

zuwirken. Aus diesem Grund bin ich zuversichtlich, auch wenn es Rückschläge gibt, vor allem in der Folge der erschreckenden Entwicklung in der Türkei.

*Wie machen Sie es denn als Wissenschaftler, wenn Sie einen islamischen Ansprechpartner brauchen?*

Wir haben kürzlich eine Tagung mit Muslimen aus säkularen Organisationen und Lebenszusammenhängen organisiert. Wir kennen aus unserer Forschungsarbeit natürlich schon einige Leute. Dann fragen wir zum Beispiel größere Verbände wie Caritas, Arbeiterwohlfahrt oder den Landesjugendring nach vorhandenen

In der Henri-Dunant-Schule, einer Ganztagschule in Frankfurt-Sossenheim, wird islamischer Religionsunterricht angeboten.

Experten. Das führt oft weiter. Beim ersten Treffen stellt sich dann sehr schnell heraus, wer was beitragen kann und will. Dann kann man an die jeweiligen Themen gehen. Das ist bisweilen ein mühseliges, aber auch sehr lohnendes Geschäft.

*Ist der Wunsch – manchmal ist es fast eine Sehnsucht – auf nichtmuslimischer Seite nach der einen Stimme, die für den Islam spricht, nicht zu fromm? Ist das nicht eine Überforderung?*

Es entwickeln sich Zusammenschlüsse, die dann mit einer Stimme sprechen. In Lehrplan-Kommissionen arbeiten zum Beispiel Vertreter unterschiedlicher Meinungen zusammen, die sich durchaus einigen. Man wird sicher nicht erwarten können, dass es in näherer Zukunft die eine Stimme des Islam in Deutschland gibt. Wir haben ja auch nicht die eine Stimme des

Christentums. Zudem kann Pluralität ein Reichtum sein. In unserer zunehmend säkularisierten Gesellschaft wird die interreligiöse Stimme immer wichtiger, weil es um Anliegen geht, die alle religiösen Menschen betreffen.

*DİTİB ist bei uns der mit Abstand größte Verband, der die meisten Muslime vertritt. Was spricht dagegen, diesem islamisch-türkischen Verband eine größere Rolle als Vertreter des Islam in Bayern oder Deutschland zuzuschreiben?*

DİTİB wird vermutlich weiterhin eine bedeutende Rolle spielen. Der Verband war lange Zeit ein gefragter Kooperationspartner. Die neuen Entwicklungen in der Türkei haben nun die Besorgnis ausgelöst, dass DİTİB für türkische politische Interessen instrumentalisiert wird. Ich hielte es aber für verfehlt, DİTİB-Vereine nun ungeprüft von allem auszuschlie-

In einer arabischen Teestube in Berlin-Neukölln.





Muslime beten im Regen am Rande einer Kundgebung des Salafisten Pierre Vogel.

ßen. Das muss man von Fall zu Fall auf solider Faktenbasis entscheiden. DITIB hat meiner Ansicht nach in der Vergangenheit den Fehler gemacht, sich als Exklusivpartner anzubieten, nach dem Motto: Wenn ihr mit anderen redet, kommen wir nicht. Angesichts der veränderten Großwetterlage wird die innermuslimische Kooperationsbereitschaft vielleicht zunehmen. Wenn wir Leute am Tisch haben, denen es vor allem um Inhalte geht und weniger um Ansprüche als Organisation, dann kämen wir schnell voran. Dazu müsste aber auch der Staat signalisieren: Wir sind bereit, in einer informellen, doch schon verfestigten Art und Weise mit euch zu kooperieren – und gleichzeitig mit anderen.

*An Ihrer Universität werden islamische Theologen ausgebildet. Moschee-Gemeinden werden solche Absolventen wohl kaum als Imame zu sich holen, eben wegen der jeweiligen religiösen Ausrichtung. Ist das nicht ein Konstruktionsfehler?*

Wir haben uns gründlich überlegt, welche Berufsperspektiven diese Theologen haben. Hauptamtliche Stellen für Imame sind aus finanziellen Gründen rar gesät. Es könnte ein gutes Modell sein, wenn die Studenten sich zum Beispiel als Religionslehrer oder zusätzlich in sozialen Berufen ausbilden lassen und dann nebenher Imam-Stellen in Teilzeit übernehmen. Was noch fehlt, ist eine Art Vikariat oder Referendariat in muslimischen Gemeinschaften, die sich dafür öffnen müssten. Das wird kommen, aber es dauert noch. ■

## Gesprächspartner

Prof. Dr. Mathias Rohe ist Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Erlangen-Nürnberg sowie Gründungsdirektor des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa (EZIRE). Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem die rechtliche Stellung des Islam in Deutschland und Europa sowie seine Entwicklung im europäischen Kontext, ferner Islamisches Recht, insbesondere seine Entwicklung in der Gegenwart. Er hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, darunter „Der Islam in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme“ (2016) und „Das Islamische Recht: Geschichte und Gegenwart“ (3. Aufl. 2011). Er ist ordentliches Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und leitete am EZIRE die von der Akademie in Auftrag gegebene Studie „Islam in Bayern“, die zwischen 2015 und 2018 entstand.

Michael Kasperowitsch ist Redakteur der „Nürnberger Nachrichten“. Religionsthemen und die Beschäftigung mit dem Islam in Bayern gehören seit vielen Jahren zu seinen Aufgabengebieten.

Das Gespräch fand am 7. März 2018 in Erlangen statt.